



Marcel Philipp (CDU)



Björn Jansen (SPD)



Gisela Nacken (Grüne/Bündnis 90)



Leo Deumens (Linke)

Am 25. Mai 2014 sind Kommunalwahlen

Aachen ist eine der wenigen Städte in NRW, die mit Bevölkerungszuwachs rechnen kann.

Sicheres bezahlbares Wohnen ist ein elementares Bedürfnis aller Menschen. Die Durchsetzung dieses Bedürfnisses ist Aufgabe der Kommunalpolitik.

Der Mieterverein Aachen hat Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) und die Oberbürgermeisterkandidaten Björn Jansen (SPD), Gisela Nacken (Grüne/Bündnis 90) und Leo Deumens (Linke) zu ihren Vorstellungen befragt. Leider lagen dem Mieterverein die Beantwortungen der Fragen durch die FDP-Fraktion zum Redaktionsschluss nicht vor. Er geht jedoch davon aus, dass der Kandidat der FDP im Rahmen der Podiumsdiskussion die Vorstellung der Liberalen zur Wohnungspolitik in Aachen darstellen wird.

Das sagen die Parteien

● Frage 1

Was wollen Sie dafür tun, dass in Aachen wieder Wohnungen gebaut werden, auch für Menschen mit geringem Einkommen?

■ CDU

Die CDU achtet in ihrer politischen Arbeit sehr genau darauf, dass in Aachen sämtliche Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum versorgt werden können. Dies umfasst selbstverständlich auch die Sorge um Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Deshalb steht die CDU im Dialog mit sämtlichen Beteiligten des lokalen Immobilienmarktes, um hier im Rahmen der politischen Möglichkeiten die Ausgewogenheit des Wohnungsmarktes zu gewährleisten. Je mehr Wohnungsbau wir ermöglichen, desto entspannter ist die Marktlage.

■ SPD

Als Aachener Sozialdemokraten wollen wir in Zukunft drei Dinge

tun. Erstens wollen wir die verschiedenen bestehenden kommunalen Programme zur Wohnraumförderung in Aachen (Baulandbeschluss von 2007, Aachener Modell von 2000, Preisnachlässe für Familien beim Grundstückskauf) in ein einheitliches System zur Wohnraumförderung überführen, das für Mieter, Familien, die ein Eigenheim bauen möchten, und Investoren transparenter und berechenbarer ist als das heutige System. Dieses neue Modell sieht bei allen größeren Neubauvorhaben ab 20 Wohneinheiten eine Quote von 30 Prozent beim geförderten Wohnraum vor.

Mit Hilfe der Gewoge wollen wir in Aachen, zweitens, auch wieder in den Bau von öffentlich geförderten Wohnraum und sogenannten preisgedämpftem Wohnraum (mit Mieten unterhalb der marktüblichen Miete) einsteigen. Für Sozialdemokraten ist und bleibt die Bereitstellung von geförderten Wohnraum und preisgedämpftem Wohnraum das Kerngeschäft der

Gewoge als kommunalem Wohnungsunternehmen – nicht die Renditemaximierung.

Drittens werden wir wieder aktiver in die kommunale Bodenvorratspolitik einsteigen. Unser Ziel ist es, seitens der Stadt Aachen eine hinreichende Zahl an Grundstücken vorzuhalten, damit sie aufgrund sozialer Kriterien mit Preisabschlägen an Familien veräußert werden kann. Als ersten Schritt haben wir bei der Haushaltsberatung 2014 durchgesetzt, dass die städtischen Mittel für den Ankauf von Grundstücken aufgestockt werden.

■ Die Grünen/Bündnis 90

Aachen braucht in der Tat eine Wohnungsoffensive. Ich begrüße die vielen neuen Wohnbauprojekte, die die kleinen und großen Baulücken, die über Jahrzehnte zum Stadtbild gehörten, geschlossen haben. Auch unsere Initiative „Extraraum“ hat dazu beigetragen, im privaten Bereich zusätzlichen Wohnraum zu akquirieren. Aber der Wohnungsmarkt für preiswerten Wohn-

raum ist dennoch sehr angespannt. Hier muss eine Wohnungsoffensive ansetzen, preiswerten aber auch altersgerechten Wohnungsbestand zu sichern und neuen zu schaffen. Dazu müssen Stadt und Gewoge Hand in Hand arbeiten und konsequent alle planungsrechtlichen Instrumente wie ein Baulandbeschluss und eine Quote für den geförderten Wohnungsbau genutzt werden.

■ Die Linke

Freie Baugrundstücke sind in der Innenstadt rar. Die Umwandlung von leer stehenden Büro- oder Geschäftsräumen in Wohnraum muss intensiviert werden. Immer dort, wo preiswerter Wohnraum vernichtet wird (wie unter anderem für das Einkaufszentrum Aquis Plaza), muss zukünftig Ersatzwohnraum im gleichen Preissegment geschaffen werden. In der Vergangenheit ist vermehrt Luxuswohnraum entstanden, da sich damit größere Gewinne erzielen lassen.

Stadt und Gewoge müssen endlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, indem preiswerter Wohnraum erhalten bleibt und neu gebaut wird. Dazu muss die Stadt verstärkt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und Grundstücke vor privaten Investoren sichern.

● Frage 2

Im Jahre 2000 wurde durch den Rat der Stadt bekanntlich beschlossen, dass bei Baulanderschließungen dafür Sorge zu tragen ist, dass mindestens 20 Prozent öffentlich geförderter Wohnraum im Plangebiet oder an anderer Stelle der Stadt errichtet werden. Leider hat die Vergangenheit gezeigt, dass dieser Aachen-Plan nicht in ausreichendem Maße umgesetzt wurde. Wie stellen Sie sich in Zukunft vor zu gewährleisten, dass eine höhere Anzahl von Sozialwohnungen in Aachen gebaut wird?

■ CDU

In vielen Fällen ist der von Ihnen angesprochene 20-Prozent-Beschluss umgesetzt worden. Bei allen Bauvorhaben, in denen die Beteiligung des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses oder des Planungsausschusses erforderlich war oder ist, wird darauf geachtet, dass auch öffentlich geförderter Wohnraum entsteht.

Darüber hinaus legen wir Wert darauf, dass auch die Gewoge verstärkt neue Wohnungen errichtet.

■ SPD

Sie kritisieren in ihrer Frage zu Recht, dass der 20-Prozent-Beschluss, das „Aachener Modell“, bei Neubaugebieten, anders als vom Rat ursprünglich beabsichtigt, mittlerweile die Ausnahme und nicht mehr die Regel ist. Dazu muss ich als SPD-Oberbürgermeisterkandidat selbstkritisch sagen, dass auch die SPD in den vergangenen Jahren nicht streng genug darauf ge-

achtet hat, dass das Aachener-Modell eingehalten wird.

Um das in Zukunft zu ändern, wird die SPD-Fraktion noch vor der Kommunalwahl am 25. Mai einen Beschlussentwurf für ein neues System der Wohnraumförderung in Aachen in den Rat einbringen (siehe Frage 1), das unter anderem eine Quote von mindestens 30 Prozent gefördertem Wohnraum (erster und zweiter Förderweg) für alle Neubauvorhaben mit mehr als 20 Wohneinheiten vorsieht. Die momentane Schwäche der bestehende Wohnraumförderung in Aachen ist, dass drei verschiedene Instrumente nebeneinander existieren, ohne dass vorab klar ist, welches Instrument in welchen Fällen Anwendung finden soll. Hier wollen die SPD und ich nachjustieren. Nur so können wir erreichen, dass preisgebundener Wohnraum wieder vermehrt neu entsteht – auch in mittleren, guten und sehr guten Wohnlagen. Für Mieter, Häuslebauer und Investoren hat das neue Modell den Vorteil, dass von vorneherein berechen- und vorhersehbar ist, welches Verfahren die Stadt Aachen für die planerische Entwicklung wählt. Bisher bleibt es bis zum Ratsentscheid unklar, auf welches der drei vorhandenen Modelle die Stadt zur Entwicklung von Baugebieten setzt.

Im Moment verlieren wir in Aachen preisgebundenen Wohnraum im Verhältnis 6:1. Das heißt, auf sechs Wohnungen, die aus der Preisbindung fallen, kommt nur eine neue Wohneinheit mit Preisbindung. Dieser Trend ist mit dem Neubau geförderter Wohnraums allein nicht mehr zu stoppen – schon wegen des großen zeitlichen Vorlaufs, der bei Neubauten einzuplanen ist. Deswegen möchte ich als neuer Oberbürgermeister von Aachen nach der Wahl ein städtisches Programm zum Ankauf auslaufender oder wegfallender Belegungsrechte auflegen, damit wir in Aachen bereits vorhandenen preisgebundenen Wohnraum länger in der Preis-

bindung halten können als bisher. Andere Städte wie Hamburg oder München haben es uns in jüngster Zeit erfolgreich vorge-macht, wie es geht.

■ Die Grünen/Bündnis 90

Wir Grünen streben sozial gemischte Quartiere in allen Stadtteilen an. Das heißt zunächst, den Bestand an gefördertem Wohnraum zu erhalten. Parallel dazu muss die bereits bestehende Verpflichtung, in allen Neubauvorhaben 20 Prozent geförderte Wohnungen zu errichten, konsequent umgesetzt werden. Darüber hinaus sollte eine räumlich differenzierte Erhöhung dieser Quote auf 30 bis 50 Prozent in Quartieren Ziel sein, in denen es bisher noch zu wenig preiswerten Wohnraum gibt. Wir brauchen aber auch neues Wohnen in der Stadt. So müssen aus meiner Sicht zum Beispiel Wohnungen auf dem neuen „Campus West“ entstehen oder mit Hilfe der Gewoge in Aachen Nord. Und wir brauchen neue Bauflächen wie in Richtericher Dell oder im Flächennutzungsplan angedacht, um jungen Familien zu ermöglichen, Eigenheime zu bauen.

■ Die Linke

Der 20-Prozent-Beschluss wurde in der Vergangenheit zu selten angewandt, das muss sich ändern. Unsere Fraktion hat im Januar 2014 beantragt, dass – wo immer möglich – eine Erhöhung auf 50 Prozent öffentlich geförderter Wohnraum erfolgt, bis der Mangel an preiswerten Wohnungen behoben ist.

● Frage 3

Die Gewoge als städtisches Wohnunternehmen hat auf dem Aachener Wohnungsmarkt eine große Bedeutung. Leider ist auch durch den Vorstand der Gewoge eingeräumt worden, dass in der Vergangenheit fast kein Wohnungsbau von ihr initiiert wurde. Wie beurteilen Sie die bisherigen unternehmerischen Tätigkeiten der Gewoge im Hinblick

auf den Wohnungsmarkt und Wohnungsbau?

■ CDU

Richtig ist, dass die Gewoge auf dem Aachener Wohnungsmarkt eine große Bedeutung hat. Dort werden circa 7.000 eigene und städtische Wohnungen betreut, und die Pläne zur Erweiterung des Bestandes sind weit fortgeschritten. Deren Umsetzung hat sich leider verzögert, was von der CDU stark kritisiert wird. Hier muss eine schnellere Umsetzung erfolgen. Wir nutzen unseren Einfluss in den Gremien, um dies durchzusetzen.

■ SPD

Im Rahmen unserer Initiativen für neuen öffentlich geförderten und preisgedämpften Wohnraum in Aachen, sieht die SPD, wie gesagt, zuerst die Gewoge als Partnerin an ihrer Seite. Das vorrangige Schielen der Gewoge auf die Rendite, das Sie in Ihrer Frage andeuten, war ein Fehler. Hier gilt es umzusteuern.

■ Die Grünen/Bündnis 90

Mit den Projekten Dreiländer-Caree (Vaalserstraße) und Stolbergerstraße ist die Gewoge in der Umsetzungsphase zum einen für dringend benötigten studentischen Wohnraum und zum anderen für neuen, geförderten Wohnungsbau. In der von uns geforderten Wohnungsoffensive ist die Gewoge als städtische Tochter eine wichtige Partnerin. Die beiden in der Umsetzung befindlichen Projekte zeigen, dass es Optimierungsnotwendigkeiten gibt. Die Prozesse müssen beschleunigt und effizienter gestaltet werden. Dabei ist uns Grünen der Nutzen von Projekten der Gewoge für die gesamte Stadtgesellschaft wichtiger als eine hohe Ausschüttung von Dividenden. Eins der nächsten Projekte ist für mich die Sanierung und der Neubau von Wohnraum im Bereich Wiesental.

■ Die Linke

Die politischen Vertreter im Aufsichtsrat müssen den Druck auf

die Gewoge erhöhen, ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachzukommen und Wohnraum nicht nur zu verwalten, sondern auch neu zu schaffen. Zur Sitzung des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses am 18. März 2014 hat unsere Fraktion das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Falls die Gewoge untätig bleibt, muss die Stadt über die Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft nachdenken.

● Frage 4

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Menschen zu helfen, die in schlechten Wohnverhältnissen leben und deren Vermieter nicht gewillt ist, Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen? In diesem Zusammenhang sei auf das durch die Landesregierung initiierte Wohnungsaufsichtsgesetz verwiesen. Wie glauben Sie, dass durch die Verwaltung in Aachen Wohnungsnotstände im Sinne des Gesetzes aufgegriffen werden können?

■ CDU

Soweit Sie das im Einbringungsstadium befindliche Wohnungsaufsichtsgesetz ansprechen, muss natürlich zunächst abgewartet werden, in welcher Form das bislang als Entwurf vorliegende Gesetz von dem Landtag verabschiedet wird. Wie Ihnen bekannt ist, laufen derzeit im Landtag die Anhörungen von Experten der Wohnungswirtschaft, der Kommunen und der Mieterverbände. Die CDU wird darauf achten, dass die Möglichkeiten des Gesetzes genutzt und die Dienstleistungen der Stadtverwaltung gestärkt werden. Ein Regelinstrument gegen Mietpreissteigerungen oder zur Schaffung neuen Wohnraums wird dieses Gesetz allerdings nicht sein.

■ SPD

Sie sprechen in Ihrer Frage die Initiative der SPD-geführten Landesregierung an, die darauf ab-

zielt, extrem überbelegten und/oder verwahrlosten Wohnraum für unbewohnbar zu erklären und zu sperren, um so verantwortungslos handelnde Hauseigentümer, die ihr Wohnungseigentum missbrauchen, wieder an ihre Verantwortung für das Allgemeinwohl zu erinnern. Auch wenn es solche extremen Missstände wie in Duisburg oder Gelsenkirchen in Aachen nicht gibt, werden wir als AachenSPD die bereits bestehenden und neu hinzukommenden gesetzlichen Regelungen zur Einhaltung von Mindeststandards auch in Aachen zur Anwendung bringen. Die kommunale Wohnungsaufsicht der Stadt Aachen soll in Zukunft darauf achten, dass Minimalstandards wie zum Beispiel mehr als neun Quadratmeter Wohnfläche pro Bewohner/Wohneinheit, eine ausreichende Zahl an sanitären Einrichtungen und Schimmelfreiheit in den Mietwohnungen eingehalten werden. Nach Auffassung von Fachleuten wird es dabei darauf ankommen, wie die kommunale Wohnungsaufsicht vor Ort aufgestellt ist. Für uns in Aachen bedeutet das: Der Stadtrat muss rechtzeitig ein geeignetes System der Beobachtung, Früherkennung und Kontrolle entwickeln und beschließen, damit die kommunale Aufsicht effektiv einschreiten kann. Dabei ist die Einbindung des Mieterschutzvereins Aachen sicherzustellen, da dem Deutschen Mieterbund in der gesetzlichen Neuregelung eine wichtige Rolle zukommt.

■ Die Grünen/Bündnis 90

Bestes Beispiel für die Verwahrlosung von Wohnbaubeständen ist der Preuswald. Hier ist gerade durch zähe Verhandlungen der Stadt unter anderem der Erhalt und Betrieb des Schwimmbades erreicht worden. Das Landesgesetz stärkt die kommunale Wohnungsaufsicht. Ich verspreche mir davon, dass der Aachener Fachbereich Wohnen künftig erfolgreicher bei Vernachlässigung und erheblichen Woh-

nungsmängeln einschreiten und die Vermieter in die Pflicht nehmen kann. Damit wird es sogar möglich, Missstände beseitigen zu lassen und dem Eigentümer in Rechnung zu stellen.

Erforderlich ist aus meiner Sicht aber auch eine Änderung der Vorgaben für angemessene Kosten der Unterkunft bei Empfängern sozialer Transferleistungen. Der bisherige Automatismus bei der Zahlung von Nebenkosten für einkommensschwache Haushalte durch die Sozialämter ist eine indirekte Subvention von sogenannten Schrottimmobilen und verhindert deren Instandhaltung.

■ Die Linke

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde mit der Kooperation zwischen dem Jobcenter und dem Mieterschutzbund erreicht. Diese Zusammenarbeit muss stärker ausgebaut werden. Viel stärker müssen sich zukünftig auch das Umweltamt der Stadt Aachen und das Gesundheitsamt der StädteRegion einmischen, wenn es zum Beispiel um schlechte Isolierung und Schimmelbefall in Wohnräumen geht.

Unsere Fraktion hat 2012 einen Antrag auf Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung gestellt. Diese Verordnung bietet nicht nur eine wirksame Möglichkeit, gegen die Vernichtung von Wohnraum, sondern auch gegen Leerstand und Verwahrlosung von Immobilien vorzugehen.

● Frage 5

Vermeehrt war Gegenstand der Beratungen des Wohn- und Liegenschaftsausschusses die etwaige Erlassung einer kommunalen Zweckentfremdungssatzung. Wie beurteilen Sie selbst den Erlass einer etwaigen Zweckentfremdungsverordnung, um dem vorab beschriebenen Wohnungsmangel entgegenzuwirken?

■ CDU

Sie sprechen die von der Landesregierung eingeräumte Möglichkeit für die Kommunen an, eine Satzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum zu erlassen. Hierdurch können Gemeinden durch eine befristete Satzung Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf festlegen, in denen Wohnraum nur mit Genehmi-



„Bezahlbarer Wohnraum in Aachen für alle Bürger“

Der Mieterverein Aachen lädt alle Mitglieder sowie alle Bürger der Stadt Aachen zur Podiumsdiskussion „Bezahlbarer Wohnraum in Aachen für alle Bürger“ am 6. Mai 2014, um 19.30 Uhr im Super-C der RWTH, Templergraben, Generalisaal, ein. Bürgermeister Marcel Philipp (CDU) sowie die Kandidaten Björn Jansen (SPD), Gisela Nacken (Grüne/Bündnis 90), Wilhelm Helg (FDP) und Leo Deumens (Linke) werden zur Wohnungspolitik in Aachen Stellung nehmen.

gung anderen als Wohnzwecken zugeführt werden oder leer stehen darf. Wenn auch in Aachen in diesem Bereich eine konkrete Problemlage erkennbar wird, dann werden wir dieses Instrument nutzen.

■ SPD

Die SPD-Ratsfraktion hat, wie auch die Ratsfraktion „Die Linke“, in der laufenden Wahlperiode den Erlass einer kommunalen Satzung gegen Leerstand und Zweckentfremdung für Aachen beantragt. Oberbürgermeister Marcel Philipp, CDU und Bündnis 90/Die Grünen blockieren diese sinnvolle und notwendige wohnungspolitische Maßnahme, wie es sie in anderen großen Universitätsstädten in NRW, wie zum Beispiel in Bonn, bereits gibt oder etwa in Köln in Kürze geben wird. In der aktuellen Situation, wo drei jüngst veröffentlichte Studien (Bertelsmann-Stiftung, LEG, NRW-Bank) uns traurige Gewissheit geben, dass Aachen bei den Mieten zu den fünf teuersten Städten (in NRW/im Bundesgebiet) gehört, gilt es zügig wirksame Initiativen für mehr bezahlbaren Wohnraum zu starten. Dazu gehört für mich als SPD-Oberbürgermeisterkandidat eine Zweckentfremdungssatzung genauso wie die Einhaltung einer Mindestquote von 30 Prozent für preisgebundenen Wohnraum und ein neues Programm für den Ankauf von Belegungsrechten durch die Stadt Aachen. Nur wenn wir zeitnah auf ein Bündel von Maßnahmen setzen, werden wir überhaupt noch gegensteuern können.

■ Die Grünen/Bündnis 90

Grundsätzlich kann eine Zweckentfremdungssatzung ein wirksames Steuerungsinstrument sein. Aktuell sehe ich hier allerdings keinen vordringlichen Handlungsbedarf. Vor Jahren wurden reihenweise Wohnungen in Gewerbeflächen umgewandelt. Damals war die Zweckentfremdungsverordnung sinnvoll, um den Verlust von Wohnungen

zu verhindern. Heute empfehlen wir Grünen die Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohnraum. Weil der Wohnungsmarkt in Aachen eng ist, gibt es bereits einige Hausbesitzer, die dies aufgreifen, vor allem in Bereichen mit langem Leerstand von Einzelmehrwohnimmobilien.

■ Die Linke

Der Antrag auf Erlass einer kommunalen Zweckentfremdungsverordnung wurde von unserer Fraktion im Oktober 2012 gestellt. Da dieser mehr als ein Jahr nicht im Ausschuss behandelt wurde, beantragten wir einen Sachstandsbericht. Leider zeigte die Vorlage der Verwaltung und auch die Diskussion im Ausschuss, dass anscheinend wenig Interesse besteht, Immobilienbesitzerinnen und -besitzern bei der Einhaltung von Artikel 14/Absatz 2 des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ Nachhilfe zu verordnen. Die Satzung würde die städtischen Handlungsmöglichkeiten – besonders im Vorgehen gegen Immobilienspekulanten und -heuschrecken – erweitern. Für uns ist es aufgrund des akuten Wohnungsmangels völlig unverständlich, dass hier kein interfraktioneller Konsens zu erreichen ist.

● Frage 6

Was wollen Sie in Aachen unternehmen, damit die Nachbarschaften in den verschiedenen Stadtteilen der Stadt besser funktionieren?

■ CDU

Schlussendlich dürfen wir die Frage zu den Nachbarschaften dahingehend beantworten, dass die CDU alle Initiativen in Stadtteilen unterstützt, die die nachbarschaftliche Verbundenheit stärken wollen. Wie in allen Arten gesellschaftlicher Beteiligung ist eine eng verbundene Nachbarschaft wünschenswert, da in diesem Verbund ein soziales Netzwerk entsteht, welches für die gesamte Nachbarschaft von hoher Wichtigkeit ist.

■ SPD

Hier setzen wir auf eine starke Verknüpfung von Sozialpolitik und Wohnungspolitik. Wichtig ist es, „vor Ort“ in den Quartieren flächendeckend Stadtteilkonferenzen einzurichten, die das miteinander organisieren und passgenaue Angebote für die Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Wenn es nach der AachenSPD gegangen wäre, dann wären wir auch beim Thema Quartiersmanagement in dieser Wahlperiode schon ein gutes Stück weiter vorangekommen. Unter anderem wegen der von CDU/Grünen beschlossenen Wiederbesetzungssperre für Personalstellen fehlen uns in Aachen zurzeit vier Stellen im Quartiersmanagement. Das werden wir nach der Wahl ändern. Zusätzlich wollen wir die Stadtteile, in denen es ein Quartiersmanagement gibt, ausweiten.

Bei der Entwicklung funktionierender und guter Nachbarschaften hat für Sozialdemokraten darüber hinaus das Programm „Soziale Stadt“, wie wir es aus Aachen-Ost und -Nord kennen, hervorgehobene Bedeutung. Gerade durch die den Stadtumbau flankierenden sozialen Begleitmaßnahmen wie zum Beispiel Hausaufgabenhilfen, Sprachkurse, Hilfen beim Wohnungstausch oder Angebote zur Jobqualifizierung wird dort ein wichtiger Beitrag geleistet. Mit der neuen schwarz-roten Koalition in Berlin werden auch die drastischen Kürzungen der Vorgängerregierung aus CDU/FDP rückgängig gemacht, so dass das wichtige Programm „Soziale Stadt“ in Zukunft wieder ausfinanziert ist.

■ Die Grünen/Bündnis 90

Gute Erfahrungen haben wir mit den Stadtteilkonferenzen und Stadtteilbüros in den Programmen „Soziale Stadt“ gemacht. BewohnerInnen der Viertel und VertreterInnen von Vereinen und Institutionen vor Ort engagieren sich hier für ihr

Lebensumfeld. Sie wissen, „wo der Schuh drückt“, bringen ihr Expertenwissen als Quartiersbewohner ein und engagieren sich für die Fortentwicklung ihrer Stadtteile, für die Verbesserung ihres direkten Wohnumfeldes. Zusammen mit den Fachleuten der Verwaltung haben sie positive Veränderungen erreichen können. Dieses Engagement ist auch eine Garantie dafür, dass später pfleglich mit den Neuerungen umgegangen wird. Nach Auslaufen des Programms „Soziale Stadt“ wurde im Aachener Osten das Stadtteilbüro durch einen Quartiersmanager ersetzt. Stadtteilkonferenzen und Stadtteilmanager erscheinen mir auch für andere Viertel ein probates Mittel, um funktionierende Nachbarschaften zu erhalten und zu erreichen.

■ Die Linke

Aktive Nachbarschaft ist zwar nicht zu erzwingen, die Stadt kann aber Voraussetzungen schaffen, um sie zu ermöglichen. Dazu fehlt es in den Stadtteilen vor allem an bürgernah gestalteten Plätzen und Versammlungsräumen, die den Anwohnerinnen und Anwohnern für Zusammenkünfte jeglicher Art, wie Veranstaltungen, Feste etc., kosten- und barrierefrei zur Verfügung stehen.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die Stadtteilkonferenzen und Stadtteilbüros, die in vielfältiger Weise Menschen aus dem jeweiligen Viertel zusammenbringen und Anstöße für ein nachbarschaftliches Miteinander geben können.

Als beispielgebend ist hier das Projekt „Soziale Stadt – Aachen-Nord“ zu nennen. Die Umgestaltung der Rehmplätze zu einer Stätte der Begegnung und die vom Stadtteilbüro Aachen-Nord unterstützten Aktivitäten von Vereinen und Institutionen stärken auch das nachbarschaftliche Engagement. ■